



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

260 (17.6.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191838](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191838)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung monatlich, einjährlich M. 1.50 für Belegexemplar u. Einzelhefte...
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei überregionaler Verteilung...
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger Mannheim.

Ein Kabinett aus Zentrum und Demokraten.

□ Berlin, 17. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Unsere Voraussage, daß es voraussichtlich zu einem Kabinett allein aus Zentrum und Demokraten kommen würde, scheint sich zu bestätigen. Die „Germania“ gibt heute folgende Darstellung:

Staatssekretär Trimborn hat am Mittwoch vormittag nochmals mit Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie verhandelt und dabei festgestellt, daß für eine Teilnahme dieser Partei an der Regierung zurzeit keinerlei Aussicht vorhanden ist. Es bleibt also nichts weiter übrig, als das Augenmerk auf die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu richten. Staatssekretär Trimborn hat in diesem Sinne dem Herrn Reichspräsidenten in erster Linie den Präsidenten Fehrenbach als Reichskanzler vorgeschlagen, der jedoch, obgleich er allen Parteien genehm war, aus triftigen Gründen ablehnen zu müssen. Daraufhin hat Staatssekretär Trimborn in Uebereinstimmung mit Herrn Fehrenbach und unter voller Billigung der Zentrumsfraktion und des Parteivorstandes den deutschen Geschäftsträger in Paris Dr. Mayer-Kaufmann genannt. Dieser Vorschlag fand die volle Billigung des Reichspräsidenten, der seinerseits sofort telegraphisch sich mit einem entsprechenden Angebot an Dr. Mayer wandte, dessen Antwort zur Stunde noch aussteht. Nimmt er an, was in parlamentarischen Kreisen allgemein behauptet wird, so darf man eine befriedigende Erledigung der Trimbornschen Mission erwarten. Herr Dr. Mayer wird im Laufe des heutigen Tages in Berlin eintreffen, und dann wird man ja das weitere sehen.

Der „Vorwärts“ präsentiert bereits eine Ministerliste

von der er behauptet, daß sie stark in parlamentarischen Kreisen kursiert hätte. Die Liste sieht folgendermaßen aus:

- Reichskanzler: Dr. Mayer,
- Innere: Koch,
- Auswärtiges: v. Kossig,
- Wirtschaft: Wiedfeldt,
- Finanzen: Dr. Wirth,
- Schah: v. Siemens,
- Arbeit: Stegerwald,
- Verkehr: Gröner,
- Reichswehr: Gehler,
- Justiz: Heinze.

Nach unserer Kenntnis dürfte Dr. Heinze, wie feststeht, kaum in das Kabinett eintreten, sodann aber dürfte die Justiz wohl Herrn Schiffer reserviert bleiben, ebenso das Vizekanzleramt, das er nun von neuem übernehmen wird. Einzelne Personen werden also noch ausgetauscht werden, im allgemeinen aber wird das Kabinett sich in der Richtung bewegen. Durch den Schahzug Herrn Dr. Mayer das Kanzleramt anzutragen, hat das Zentrum sich die Bayerische Volkspartei gesichert, der Herr Dr. Mayer ja angehört. Freilich kann das Kabinett von der Bayerischen Volkspartei nicht leben. Es braucht die Unterstützung der Sozialdemokratie und es braucht die der Deutschen Volkspartei. Der Unterstützung der Sozialdemokraten scheint die neue Regierung sicher zu sein. Der „Vorwärts“ bemerkt in einem Leitartikel heute:

„Ob das neue System der „rechten Mitte“ haltbar sein wird, muß die Zukunft lehren.“

Die Deutsche Volkspartei hat, wenn man dem „Lokalanzeiger“ trauen darf, ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben, ein solches Ministerium der Demokraten und des Zentrums zu unterstützen. Sie stellt aber die Bedingung, daß die Ministerien des Auswärtigen und der Wirtschaft mit Fachleuten besetzt werden, die ihr genehm sind. Diesem Begehren wird wohl ohne Frage Rechnung getragen werden. An einer anderen Stelle des „Lokalanzeigers“ heißt es aber über den Standpunkt der Volkspartei: „Die Fraktion muß unter allen Umständen fordern, daß sie ihrer Stärke entsprechend in dem neuen Kabinett Einfluß besitzen muß. Sie könne sich nicht damit begnügen, daß zwei Ministerien (Auswärtiges und Wirtschaftsministerium) durch Fachleute besetzt werden, die nur in losem Zusammenhang zur Partei stehen. Dr. Heinze werde nicht in das Kabinett eintreten, weil die Fraktion durch keine Parteipolitiker vertreten sein wolle. Aber selbst, wenn sie damit einverstanden gewesen wäre, so hätte ihr ein von einem Abgeordneten besetzter Sitz nicht genügen können, da die Deutsche Volkspartei die zweitstärkste Fraktion in der Koalition sei. Ihr Einfluß müsse, ihrer Fraktionsstärke entsprechend, darin bestehen, daß der Deutschen Volkspartei nachstehende Fachminister berufen werden und sie werde sich keineswegs zu einer bindenden Stellungnahme der neuen Regierung gegenüber bereit finden lassen.“

Die Deutschnationalen scheinen zur Opposition entschlossen zu sein. Die „Deutsche Zeitung“ erklärt, der Hinweis auf Spätdürfe unter keinen Umständen zu innerpolitischen Spekulationen mißbraucht werden.

Berlin, 17. Juni. (Pr.-Tel.) Ueber die gestrigen Verhandlungen Trimborns teilen verschiedene Blätter mit, daß sich der genannte Zentrumsführer u. a. mit dem Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion in Verbindung setzte, um ihn zu fragen, ob er das Justizministerium zu übernehmen bereit sei. Dr. Heinze machte die Annahme von dem Beschluß seiner Parteifreunde abhängig. Diese entschieden in verneinendem Sinne. Die Deutsche Volkspartei, so soll erklärt worden sein, nehme an der Zusammensetzung des neuen Kabinetts nur insofern Anteil, als sie Wert darauf lege, daß das Reichswirt-

schaftsministerium mit dem Geheimrat Wiedfeldt besetzt und das Reichswehrministerium einem Fachmann übertragen werde.

Verschiedenen Blättern zufolge kann das Eintreffen Dr. Meyers in Berlin nicht vor Freitag erwartet werden.

Einberufung des Reichstages.

Berlin, 16. Juni. (Wolff.) Der Präsident der Nationalversammlung erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Artikel 27 und 180 der Verfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Donnerstag, den 24. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr zusammenzutreten. Der Präsident der Nationalversammlung: E. Fehrenbach.

Kautsky als Prophet.

□ Berlin, 17. Juni. (Von unserm Berliner Büro.) Im „Avanti“ wird über eine Unterredung mit Kautsky berichtet. Danach erklärte Herr Kautsky, in Deutschland sei eine kommunistische Revolution völlig ausgeschlossen, es werde höchstens eine kommunistische Epizyde geben. Das Bürgertum sei zu stark und gut organisiert und werde eine derartige Bewegung ersticken. Dagegen sagte er, Kautsky, einen sozialistischen Sieg in England voraus.

Das „Berliner Tageblatt“ und die auswärtige Politik.

Das „Berliner Tageblatt“ hält den Augenblick für richtig gewählt, um in seiner Nummer 276 vom Dienstag, den 15. Juni früh über die Diplomaten der Deutschen Volkspartei zu wipeln. Wie aus dem Schluß dieser gequälten Leistung hervorgeht, ist der ganze Schmerz des „Berliner Tageblattes“ durch den Wahldurchfall des Grafen Bernstorff verursacht, den das „Berliner Tageblatt“ offenbar für unsern Ketzer aus allen diplomatischen Räten hält. Wenn Graf Bernstorff wirklich durch seine Aufstellung für die Reichstagswahlen zugleich für den Ministerposten des Auswärtigen Amtes kandidierte, so kann man seinen Durchfall nur doppelt begrüßen. Denn Graf Bernstorff hat in Washington seine diplomatische Befähigung so sehr nach der negativen Seite erwiesen, daß die deutsche Außenpolitik eine zweite Belastungsprobe dieser Art und noch dazu an der wichtigsten Stelle nicht nötig hat und wohl auch nicht vertragen kann. Die Wipelen, durch die sich das „Berliner Tageblatt“ für den Durchfall des Grafen Bernstorff an den Herren von Kheibben, v. Lesener und v. Kemnitz rächt, verdienen kein Wort der Erwähnung. Nach ihrer persönlichen Seite rächten sie sich selbst und sachlich enthalten sie längst widerlegte Unwahrheiten.

Die verpackten Möglichkeiten.

Wir werden nun also wahrscheinlich ein Kabinett bekommen, das zunächst als unbedingte Unterstützung 115 bzw. 133 Abgeordnete hinter sich hat. Die Mehrheitssozialdemokratie will es unterstützen, wir dürfen wohl mit vollem Recht hinzusetzen, soweit sich das mit der dicken Freundschaft zu den Unabhängigen vertragen wird. Es könnte wohl bald so kommen, daß diese Unterstützung einer sehr starken Belastungsprobe ausgesetzt sein würde. Die Haltung der Deutschen Volkspartei wird aus den vorliegenden Meldungen noch nicht bis in alle Einzelheiten ersichtlich. Aber sie will anscheinend nicht unbedingt und von vornherein in Opposition gehen, wie sie einer einfachen Wiederherstellung der alten Koalition gegenüber angekündigt hatte, sondern wohl ein gewisses Wohlwollen zeigen, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden, zu denen u. a. die Befetzung des Reichswehrministeriums mit einem Fachmann gehört. Die Stützen von rechts und links sind also wohl ziemlich schwankend und man kann der Zukunft dieses Kabinetts nur mit größter Sorge zusehen. Es ist ja ganz bestimmt kein Ausdruck der gegebenen parlamentarischen Kräfteverhältnisse, sondern ein künstliches Kabinett, mit dem seine Schöpfer anscheinend vor allem über Spätdürfe hinwegzukommen suchen wollen — was wir abwarten müssen. Die Schuld an diesem innerpolitisch keine Dauer verheißenden Kabinett tragen die Sozialdemokraten und die Demokraten, die ersteren, als sie — nicht sehr demokratisch, aber sehr „unabhängig!“ — das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnten, die andern, als sie eine gesamtbürgerliche Koalition unmöglich machten, indem sie sich entschieden weigerten, mit den Deutschnationalen in eine Regierung einzutreten. Auf diese Weise geriet man in die Notwendigkeit, Koalitionen zu versuchen, die keine Mehrheit hinter sich haben. Und so ist man als letzter Koalitionsmöglichkeit bei einem Zusammengehen von Zentrum und Demokraten angelangt, das von vornherein, wie gesagt, eine außerordentlich schwache Grundlage hat. Der Parteiegoismus der Parteien der Linken, die echt demokratische Gesinnung dieser Parteien hat den Sieg davongetragen über die sachlichen Notwendigkeiten unserer Lage, die eine Zusammenfassung aller nationalen Kräfte erfordert hätte, die eines guten Willens sind. Aber das duldet die Demokratie nicht!

Daß ein Kabinett auf so schwanker Grundlage wie das zentrumsdemokratische, das in keiner Hinsicht ein nationales Kabinett sein würde, in Spätdürfe deutschen Interessen mit besonderem Nachdruck vertreten könnte, ist auch nicht ohne weiteres anzunehmen.

So bleibt die Zukunft dunkel und voll schwerer Unsicherheit. Die Verantwortung tragen die Demokratie und die Sozialdemokratie; sie werden sie um so weniger von sich abschütteln wollen, als sie ein großes Rühmen davon machen und eine besondere Heldentat darin erblicken, daß sie sich mit der üblen Gesellschaft auf der Rechten nicht eingelassen haben.

Die Regierungsbildung in Bayern.

München, 17. Juni. (Priv. Tel.) Die Bayerische Kabinettsbildung scheint nicht so einfach zu gehen, wie man sich gedacht und auch gewünscht hätte. Es steht jetzt zwar außer allem Zweifel, daß die Sozialdemokraten nicht an der Regierung beteiligt sein werden und die Bayerische Volkspartei den bisherigen Ministerpräsidenten von Raab auch weiterhin für das Amt vorschlagen wird. Bei der Verteilung bestimmter Ministerien wird es aber allem Anschein nach hinter den Kulissen zu einer Auseinandersetzung zwischen der Bayerischen

Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Partei) kommen, da letztere als zweitstärkste Partei Ansprüche auf bestimmte wichtige Ministerien macht und dafür Fachmänner nicht Parteimänner schlechthin vorschlagen wird. Vor allen Dingen kommt wohl hier das Ministerium des Innern in Frage und dieses Begehren der Mittelpartei dürfte wohl bei der Bayerischen Volkspartei nur wenig, wenn nicht gar keine Gegenliebe finden, da letztere Partei schon längere Zeit darauf bestand, dieses Ministerium für sich zu bekommen. Die Bayerische Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei, die im Landtag in einer Fraktion vereinigt sein werden, werden in der Landesausschussfraktion schon ihre Rechte zu wahren wissen.

Der ständige Landesausschuss tritt am nächsten Dienstag, den 22. Juni, vormittags 10 Uhr zu einer Beratung zusammen.

Die Reichstagswahl.

Das amtliche Wahlergebnis in Baden.

Nach einer Bekanntmachung des Wahlleiters des 35. Reichstagswahlkreises wurden bei den Reichstagswahlen in Baden 946 366 gültige und 3874 ungültige Stimmen abgegeben. Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Kreiswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei 190 298 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Deutschen Volkspartei (Deutsche liberale Volkspartei Badens) 64 653 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Zentrums-partei 344 027 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei 116 398 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei 113 554 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands 14 471 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei 102 965 Stimmen.

Als gewählt gelten vom sozialdemokratischen Vorschlag die Kandidaten Ged, Schöpflin und Riedmiller, vom Wahlvorschlag der Deutschen Volkspartei der Kandidat Curtius, vom Wahlvorschlag der Zentrums-partei die Kandidaten Fehrenbach, Diez, Wirth, Erling, Damm und Jenmann, vom demokratischen Wahlvorschlag die Kandidaten Dietrich und Haas, vom deutschnationalen Wahlvorschlag die Kandidaten Düringer und Fischer, vom Wahlvorschlag der Unabhängigen Sozialdemokraten die Kandidaten Ged und Schwarz.

Die nichtgewählten Kandidaten gelten als Ersatzmänner.

Groß-Berlin als Quelle von Gefahren.

Am 20. Juni finden die Wahlen für Groß-Berlin statt, die ein Ereignis für ganz Deutschland bilden, viel mehr als sonst die Berliner Stadtverordnetenwahlen. Ist doch das neue Groß-Berlin ein Gebiet von nicht weniger als acht Städten, darunter sieben Großstädten, etwa 60 Landgemeinden und gegen 30 Gutsbezirken mit vier Millionen Einwohnern, ein Gebilde, das weit in die Provinz eingreift und wirtschaftlich einen „Wasserlopf“ darstellt, wie ihn früher niemand für möglich gehalten hätte. Aber auch hier heißt es: Der Zweck heiligt das Mittel. Man hat die Zeit der sozialistischen Herrschaft benutzt, um eine Reichshauptstadt zu schaffen, die vollends in die Gewalt der sozialistischen Parteien gegeben ist. Und um dies Gebilde wenigstens im Augenblick lebensfähig zu machen oder erscheinen zu lassen, mußte man bis in die Potsdamer Vorstädte und über Spandau hinaus ins Havelland hinübergreifen. Die restlose Erfassung, nach dem sozialdemokratischen Schlagwort, in diesem Falle die restlose Erfassung der zahlungsunfähigen Vororte mit ihren Villenvierteln und Schloßbezirken, soll Berlin vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten. Groß-Berlin wird geschaffen, um den Bankrott Berlins und der roten Vororte hintanzuhalten. Wie lange das möglich sein wird, darüber zerbricht man sich anscheinend sehr wenig den Kopf, denn sonst würde sich nicht in manchen der ohnehin taschenleeren Orte noch vor Schluß der Selbständigkeit eine geradezu unsinnige Bemittlungs- und Verschwendungslust gezeigt haben. Die Stadt Berlin jedenfalls befindet sich finanziell in einem Zustande, der in einem Privatbetriebe geradezu als der des betrügerischen Bankrotts zu kennzeichnen wäre. Und da dies unter einem Oberbürgermeister der Fall ist, der früher Reichschatzsekretär war, so handelt es sich um Verhältnisse, deren Gefährdung zweifellos auch nicht dadurch herbeigeführt wird, daß man einige günstiger gestellte Vorortgemeinden mit in den Sumpf hineinzieht.

Der Gesetzentwurf über die Schaffung Groß-Berlins ist in der Preussischen Landesversammlung auch nur mit einer knappen, einer Zufallsmehrheit angenommen. Hätten die Landtagsabgeordneten in die ganze Tiefe der Zustände hinabgesehen, sie würden die Verantwortung für dieses Experiment schwerlich auf sich genommen haben. Es ist nicht nur finanziell bedenklich, sondern auch politisch gefährlich. Die sozialdemokratische Mehrheit des Groß-Berliner Parlaments wird durch einen starken unabhängigen Einschlag sehr radikalisiert werden und entsprechend dem Druck der äußersten Linken wird man ohne Zweifel in der Gemeindefürsorge den Weg der Sozialisierungsmaßnahmen beschreiten. Nicht nur die Unabhängigen, auch die Mehrheitssozialisten in Berlin haben in ihren Wahlflugblättern schon im vorigen Jahre eine sehr weitgehende Kommunalisierung u. a. der Lebensmittelbewirtschaftung als eine Hauptforderung aufgestellt. Bekommen diese Elemente jetzt ganz Groß-Berlin in die Gewalt, so werden sie sicherlich auf diesem Gebiete mit ihren Zwangsmahnahmen vorgehen, die sie in der radikalsten der bisherigen Groß-Berliner Gemeinden, in Neutalun, bereits vorbereitet haben.

Weiter aber bedeutet die Schaffung dieses roten Groß-Berlin die gefährliche Anhäufung von Machtmitteln in radikalen Händen. Die Umgestaltung der Sicherheitswehr in Ortswehren liegt in der Luft; die Entwaffnung des Bürgertums und Bewaffnung des Proletariats einer Viermillionenstadt ist eine Bedrohung ganz Deutschlands. Schon spielen Hitzköpfe mit dem Gedanken eines „Freistaates Berlin“, also einer Räterepublik in der deutschen Hauptstadt, die dann die 16 000 Gewehre des Sicherheitsdienstes hinter sich hätte neben den zahllosen Schießesfen, die sich in unbefugten Händen be-

finden. Die Reichsregierung, falls sie es nicht vorzöge, ihren Sitz aus diesem Groß-Berlin zu verlegen, wäre dann jeden Augenblick unter dem Druck des roten Stadthauses, und der Reichstag könnte sich, trotz des auf dem Papier stehenden Bannkreises, jede Stunde auf Beschlussversuche gefasst machen. Nachdem die Regierung unter das Joch der acht Punkte der Regierenden Gewerkschaften gegangen ist, ohne gegen solche Bergewaltigung Protest zu erheben, müßte man da manches für möglich halten.

Welchen Eindruck solche Zustände in der Reichshauptstadt brauchen im Lande machen würden, kann man sich leicht vorstellen. Der Ruf: „Los von Berlin!“ würde in allen Ecken des Reiches immer lauter werden. Und nicht nur die absonderlichsten Elemente würden ihn erheben, sondern dann vielleicht bald auch diejenigen, die es gut mit dem deutschen Vaterlande meinen. Denn eine Reichshauptstadt, die solchermaßen den Herd radikaler Umtriebe bildet, könne keinem Deutschen mehr Freude machen. Da leider im Landtag durch die Kurzsichtigkeit auch eines Teiles der Bürgerlichen der Entwurf von der Linken durchgedrückt worden ist, so ist mit all dem drohenden Unheil zu rechnen.

Es ist aber ihm gegenüber nicht nutzlos die Hände in den Schoß zu legen, sondern das Bürgertum muß sehen, die Gefahr nach Möglichkeit abzuschwächen, indem eine nationale Minderheit im Groß-Berliner Parlament geschaffen wird, die stark genug ist zu erfolgreicher Opposition. Und die auch durch zielbewusste Abwehrkämpfe die Aufmerksamkeit des Staates und Reiches immer wieder auf die Entwicklung der Verhältnisse in Groß-Berlin lenkt, damit auf die sich hier geltend machenden gefährlichen Einflüsse und Regungen ein scharfes Auge gehalten wird.

Unter der Fremdherrschaft.

Die Verhaftungen.

Metz, 16. Juni. (W. B.) Seitens der französischen Behörde wird folgendes mitgeteilt: Neuerliche Ermittlungen hinsichtlich der jüngst vorgenommenen Verhaftungen bestätigen, daß diese Verhaftungen keineswegs mit politischen Angelegenheiten zusammenhängen. Die in Frankfurt am Main am 15. Juni durch die französischen Militärbehörden gemachten Aufdeckungen haben die im besetzten Gebiet von alldeutschen Agitatoren betriebenen Machenschaften enthüllt, deren treibende Kraft Straß und Groger waren, nach deren Plan die jetzt unter Anklage Gestellten arbeiteten.

Wir erlauben uns hinter die „Machenschaften alldeutscher Agitatoren“ mehrere Fragezeichen zu setzen.

Zefnahme von Studenten in Copen.

Brüssel, 16. Juni. (W. B.) Libre Belgique teilt mit: Durch die Polizei von Copen sind elf Studenten festgenommen worden, die den Auftrag hatten, nördlicherweise in den annerkenneten Gebieten Broschüren gegen Belgien und das Belgiz zu verteilen.

Die Uebergriffe der Franzosen in Oberschlesien.

Breslau, 16. Juni. (W. B.) Nach einer Meldung des Acht-Uhr-Abendblattes aus Gleiwitz sind die dortigen Betriebsräte der großen und kleinen Betriebe bei dem französischen Vorgesetzten wegen der französischen Uebergriffe vorstellig geworden. Der Sprecher hatte betont, daß die Gleiwitzer Arbeitererschaft eventuell zur Selbsthilfe greifen werde. Der Präfekt erklärte, daß General Gratier von der Entente-Kommission in Gleiwitz sei, um die Vorfälle zu untersuchen. Die Schuldigen seien zum Teil schon verhaftet worden und würden bestraft werden.

Die Abstimmung in Ostpreußen.

Danzig, 16. Juni. (W. B.) Wie wir erfahren, muß jeder stimmberechtigete Ostpreuße, der bisher noch nicht bei dem Abstimmungsausschuß seiner Gebietsgemeinde in die Listen der Stimmberechtigten aufgenommen ist, bis spätestens 20. Juni bei der für ihn zuständigen Kontrollkommission für die Volksabstimmung schriftlich oder telegraphisch Einspruch wegen nicht erfolgter Eintragung in die Listen erheben und zwar in folgender Form: Ich bin am ... geboren, bin also laut Artikel 15 des Verfassungsgesetzes berechtigt, an der Volksabstimmung in Ostpreußen teilzunehmen. Ich erhebe hiermit Einspruch wegen Nicht-eintragung in die Stimmlisten. Dessen Einsprüche füge ich in der Anlage die vollständig beschriftete Abschrift meiner Geburtsurkunde bei. (Eigentliche Unterschrift, Adresse).

Falls der Einspruch telegraphisch erhoben wird, muß die Geburtsurkunde zugleich nachgehandelt werden. Bei schriftlichem Einspruch empfiehlt sich die Absendung unter Einscheiden und durch Einhalten. Die zuständigen Kontrollkommission für die Volksabstimmung hat ihren Sitz in der Kreisverwaltung desjenigen Kreises, wo der betreffende Abstimmungs-berechtigte geboren ist.

Die Erhebung der Türken.

Paris, 16. Juni. (W. B.) Der „Temps“ berichtet, daß ein französisches Bataillon, welches die Stadt Bosant in Cilicien besetzt hielt, sich nach der Küste durchzuschlagen versuchte, sich aber in der Nähe von Afanca infolge Mangels an Munition den Türken ergeben habe.

Paris, 16. Juni. (W. B.) Nach einer Londoner Meldung des „Temps“ ist die Lage an der asiatischen Küste des Marmarameeres kritisch. Die türkischen national-sinnigen Streitkräfte hätten Lemid angegriffen. Heftige Kämpfe hätten vor den Verteidigungslinien stattgefunden. Zahlreiche Flüchtlinge seien in Haider Pascha angekommen. Nach den letzten Nachrichten hätte die englische Garnison noch nicht in den Kampf eingegriffen, um die türkischen Regierungstruppen zu unterstützen, die sich auf Ismid zurückziehen.

Amsterdam, 16. Juni. (Wolff.) Die Times meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Nationalisten haben den Waffenstillstand gebrochen und die französischen Vorposten in den armenischen Dörfern überfallen. An der Küste des Schwarzen Meeres besetzten die Nationalisten die Kohlenbergwerke von Ereğli, forderten von den französischen Besitzern eine Geldabgabe und die Abtretung bestimmter Bergwerke an die national-sinnige Regierung. Zwischen zu Hilfe kommenden Franzosen und national-sinnigen Truppen kam es zum Kampfe, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist.

Amsterdam, 16. Juni. (W. B.) Wie die Times aus Konstantinopel meldet, ist den türkischen Nationalisten, die in letzter Zeit an Munitionsmangel zu leiden hatten, bei der Einnahme von Bosant ein großes Depot mit Artilleriemunition in die Hände gefallen, das die Deutschen im Winter 1917 in der Höhe des Taurus-Tunnels errichtet hatten. Weder die Engländer noch die 1919 an ihre Stelle getretenen französischen Besatzungstruppen hatten die Munitionsvorräte zerstört.

Die Bolschewisten in Persien.

Teheran, 16. Juni. (W. B.) Die bolschewistischen Streitkräfte, die in Enjell landeten, bestehen aus

einem Armeekorps, verstärkt durch ein kleines Geschwader Flugzeuge und Kavallerieabteilungen. Die Stadt und Umgebung wurden besetzt. Die bolschewistischen Schiffe steuern mit ungefähr 15 Knoten direkt auf Batum zu.

Die Sowjetregierung versicherte in ihrer Antwort auf die Note der persischen Regierung, daß es sich keineswegs darum handle, gegen die Unabhängigkeit Persiens vorzugehen, sondern daß sie nur die russische Schifffahrt auf dem Kaspischen Meere schützen müsse. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, Enjell an dem Tage zu räumen, an dem die Unabhängigkeit Persiens garantiert sei und Persien nicht mehr unter fremdem Einfluß stehe.

Die noch nicht genügend gefestigte auswärtige Lage.

Paris, 16. Juni. (W. B.) Die Armeekommission nahm heute einen Bericht Andre Lefevre über die Grundidee zum Projekt der Reorganisation der Armee entgegen, das der Kriegsminister in der Kammer einzubringen gedenkt. Der Minister betonte besonders, daß es mit Rücksicht auf die auswärtige Lage, die noch nicht genügend gefestigt sei, nicht möglich wäre, schon jetzt die Militärdienstzeit unter zwei Jahre in Aussicht zu nehmen. Andererseits äußerte sich Lefevre über die Verwendung der französischen Besätze im Orient. Er brachte zur Kenntnis, daß dort gegenwärtig ungefähr 70 000 Mann ständen.

Giolitti Programm.

Rom, 16. Juni. (W. B.) Giolitti überfandte allen Präfekten ein Rundschreiben, in dem er darauf hinweist, daß die schwierige Lage, in der sich das Land befinde, nur durch die Einparung aller Kräfte behoben werden kann. Sein Programm gipfelt in der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung und Beachtung der Geseze.

Rom, 16. Juni. (W. B.) Einem Vertreter der Havas-Agentur gegenüber versicherte Giolitti, daß Italien der Freund Frankreichs sei, ebenso wie Frankreich der Freund Italiens sei. Giolitti erinnerte dabei an den 1. August 1914, als er sich in Paris dem italienischen Gesandten vorgestellt habe und einen Befandtschaftsattaché bat, der italienischen Regierung den Vorschlag zu unterbreiten, daß Italien unverzüglich seine Neutralität proklamieren müsse, die natürlich Frankreich nicht geschädigt habe. Giolitti dementierte ferner die Behauptung, daß der Dreibund im Jahre 1913 im offensiven Sinne erneuert worden sei und fügte hinzu, der Vertrag sei damals erneuert worden, ohne daß an dem Wortlaut etwas geändert wurde. Es sei wahr, daß er versucht habe, eine Aenderung herbeizuführen, aber ein Aenderung zugunsten Italiens, eine Aenderung, die übrigens von den Bundesgenossen Italiens nicht angenommen worden sei. Giolitti schloß unter dem Hinweis auf die Schwierigkeit der Lage und fügte hinzu, er wisse, daß er ein schweres Amt übernehme; doch werde er tun, was in seinen Kräften stehe.

Die Krise in Wien.

Wien, 16. Juni. (Wolff.) In Beurteilung der inneren Lage stellen die Blätter fest, daß alle Parteien in der Ansicht über die Notwendigkeit baldiger Neuwahlen übereinstimmen. Dagegen scheint die Fortführung der Regierungsgeschäfte bis zur Auflösung der Nationalversammlung durch das bisherige Kabinett nach der Stimmung bei den Christlich-Sozialen ernstlich in Frage gestellt. Deren Parteiblätter, die „Reichspost“ und das „Deutsche Volksblatt“, zeigen sich über die Aeußerungen des Staatskanzlers Renner in einer vorgetragenen Wählerversammlung sehr verstimmt und erklären es als ausweichend, daß die provisorische Regierung mit Renner an der Spitze im Amte bleiben könne.

Deutsches Reich.

Die Einwohnerwehren.

München, 17. Juni. (Priv. Tel.) Die Landesleitung der Einwohnerwehren Bayerns teilt mit: Der „Bäitische Beobachter“ bringt eine Reihe von Aufsätzen, in denen entgegen der bestehenden Organisationen der Einwohnerwehren die Aufnahme aller Deutschen und zwar auch der Kommunisten und Sozialisten als dringende Notwendigkeit hingestellt wird. Die Landesleitung der Einwohnerwehren Bayerns hat wiederholt veröffentlicht, daß jeder unbefohlene Mann, der aber auf dem Boden der Verfassung stehen muß und bereit ist, am Volkszuge teilzunehmen, aufgenommen werden kann.

Die Inspektionsreise des Reichswehrministers.

Berlin, 17. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Reichswehrminister Dr. Gessler hat am Montag seine Inspektionsreise nach verschiedenen Garnisonen wieder aufgenommen. Am Montag und Dienstag besichtigte er verschiedene Reichswehrruppenteile in Hannover, Celle und Oldenburg. Die Einbrüche, die er dabei über die Verfassung der Truppen gewann, waren günstig, bis auf die Frage der Verpflegung, Bekleidung und Beförderung, die noch zu wünschen übrig lassen. Der Chef der Heeresleitung, General v. Seekt, besichtigte die bayerische Reichswehr.

Entdeckung eines großen Waffenlagers in der Wohnung eines Anabängigen.

Berlin, 17. Juni. (Pr.-Tel.) Aus Remscheid wird gemeldet, daß ein englisches Truppenkommando in Wermelskirchen in der Wohnung des Unabhängigen Hadländer ein Waffenlager von etwa 200 Infanteriegewehren, zahlreichen Maschinenwehren fand. Die englischen Truppen beschlagnahmten die Waffen und verhafteten Hadländer.

Ausland der oberbayerischen Bergarbeiter.

München, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Die oberbayerischen Bergarbeiter sind gestern auf ähnlichen Gruben in den Streik getreten, weil ihnen die durch Schiedspruch vom Reich zugewilligte Lohnhöhung nicht gewährt wurde. Die Werke haben die Lohnhöhung seiner Zeit nur bewilligt unter der Voraussetzung, daß das Reich eine Kohlenpreiserhöhung zulassen werde. Der Reichskohlenverband hat nunmehr eine weitere Kohlenpreiserhöhung ausdrücklich abgelehnt. Die Werke erklären sich nun außer Stande bei der augenblicklichen ungünstigen finanziellen Lage ohne eine Kohlenpreiserhöhung die Lohnforderung zu bewilligen. Das gestern bekannt gegebene Ergebnis über die vorgenommene Abstimmung in der Streikfrage ergab nun ein überwältigende Mehrheit für den Eintritt in den Streik. Die Arbeiter sind daher gestern nicht mehr eingetreten. Die Bergbauarbeiter betonen ganz besonders, daß sie auf eine Lohnhöhung kein Gewicht legen, wenn es der Regierung gelingt billigere Lebensmittel herbeizuführen.

Aus den Parlamenten.

Die Stellung Preußens im Reichsrat.

Nach langer Pause ist am Dienstag der Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung zusammengetreten, um sich mit der Reorganisationsfrage über die neue preussische Verfassung zu beschäftigen. Die großen Entscheidungen, die in diesen Tagen im Reich fallen, nehmen im großen Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Anspruch, und doch handelt es sich bei dem, was jetzt im Verfassungsausschuß der Landesversammlung geschieht, um nichts anderes, als um das Schicksal Preußens und seine Bedeutung innerhalb des Reiches.

Die einleitenden Verhandlungen des Verfassungsausschusses bewegten sich um die Stellung Preußens im Reichsrat, und im Zusammenhang damit um die Bedeutung, die Preußen im Verfassungsausschuß im Reichsrat haben soll. Solange nicht alle deutschen Länder gleichmäßig in das Deutsche Reich einbezogen werden — und dazu ist zurzeit gar keine Aussicht vorhanden —, solange muß auch ein starkes, in seinem Gebiete und in seinem Staatsaufbau unerschrockenes Preußen erhalten bleiben. Demzufolge muß Preußen aber auch einen seinen Anteil an dem Reichsrat haben. Man bestimmt die Reichsverfassung, daß vom 1. August 1920 an die Hälfte der gesamten 79 im Reichsrat den Provinzialparlamenten zuzahlen soll, während andererseits die Stimmenzahl Preußens nach wie vor auf höchstens 1/3 der Gesamtstimmzahl des Reichsrats beschränkt bleibt.

Man hat sich ergeben, daß die Durchführung dieser Verfassungsbestimmung dazu führen kann, daß die preussischen Stimmen im Reichsrat überhaupt kein Gewicht oder doch nur ein sehr geringes Gewicht haben werden. Die Stimmen der preussischen Provinzen können sehr gut ganz oder teilweise in anderer Weise abgegeben werden, als die Stimmen, die dem preussischen Staat selbst vorbehalten bleiben. Bei landwirtschaftlichen Fragen können z. B. die süddeutschen Provinzen anders stimmen als die preussische Regierung, in kulturellen Fragen z. B. die hauptsächlich von Zentrumstreuen bewohnten Provinzen einen anderen Standpunkt einnehmen, als die Regierung, es könnte z. B. auch der Fall eintreten, daß die 11 Provinzialstimmen sich gegen die 11 Stimmen der preussischen Regierung entscheiden, wodurch der Einfluß Preußens im Reichsrat zur vollständigen Bedeutungslosigkeit verurteilt wäre. Aus diesen Erwägungen heraus fand ein Antrag, die preussische Regierung möge die Reichsregierung um eine Verlängerung der Speerfrist ersuchen, womit eine Veränderung der Reichsverfassung verbunden wäre, einstimmig Annahme. Ferner wurde ein Antrag mit sämtlichen Stimmen außer denen des Zentrums und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen, wonach die Zweifelheltbegegnung der preussischen Stimmen laut Reichsverfassung aufgehoben werden und den preussischen Provinzialparlamenten Gelegenheit gegeben werden soll, zu stimmen wie sie wollen, ohne Rücksicht auf die preussische Regierung.

Badischer Landtag.

49. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 16. Juni.

In der heutigen Sitzung des Landtags, die kurz nach 3 1/2 Uhr begann, wurde die Beratung des Etats des Finanzministeriums fortgesetzt.

Für die Zentrumspartei sprach Abg. Dr. Rehner und verlangte größere Sparsamkeit in der Verwaltung, namentlich im Arbeitsministerium und im Ministerium des Kultus und Unterrichts seien Einsparnisse möglich. Auch an den Unversitätsbauten solle gespart werden. Der Aufwand des Landeshaushalts sei zu groß, er betrage jetzt 3 1/2 Millionen Mark. In der Frage von Spiel und Sport werde zu weit gegangen, auch hier könne man sparen. Die Forderung der zweijährigen Budgetperiode sei zu beacchten. Es frage sich, ob der Etat so vollzogen werde, wie er vorliege und ob wir mit den Summen auskommen, die für die Befoldungsordnung einzusetzen und für die Einnahmen aus den Fortalen vorgesehen sind. Eines der wichtigsten Probleme wäre es, daß das umlaufende Papiergeld vermindert werde. Trotz aller trüben Reichsfinanzen dürfe man nicht verzweifeln.

Abg. Karum (Soz.) erklärte, daß seine Partei dem Staatsvoranschläge zustimmen werde. Die Ausführungen des Finanzministers seien durchsichtig gewesen, weil er die Unzulänglichkeiten des letzten Jahre nicht mittelten konnte. Angeregt sei es, daß man schon jetzt die Bohnempänger von den Steuern herantziehe. Notwendig sei die Durchführung der Sozialisierung, mit der man bei dem Kohlenberauben beginnen könne.

Abg. Freudenberg (Zem.) befragte es, daß es gelungen ist, das Budgetjahr günstig abzuschließen. Trotzdem dürfe man sich nicht die Not verhehlen, die durch die Verschuldung des Reiches bestehe. Man könne keine gesunde Finanzpolitik im Lande treiben, wenn das Reich sich in einer ungünstigen Lage befindet. Der Staat sollte sich bemühen, möglichst vierjährig über seine Finanzen Bericht zu erstatten. Die Ausgaben im Etat seien sehr unvollständig, die Einnahmen seien auch nicht vollständig sicher. Das Auseinandergehen zwischen Staat und Gesamtbevölkerung sei ein kultureller Fortschritt. Letzteres sei nicht zu verkennen, allerdings in die Rechte der Gemeinden einzuführen. Wenn gebildet werde, daß der Staat sich nicht um die Verwaltung der Gemeinden kümmere, müsse auch die Geldverwaltung verstaatlicht werden. Notwendig sei, daß die Forderung der Finanzminister abgelehnt werden. Könige der Parteiführer und der Interessierten sei, daß sie die Interessen des ganzen Volkes berücksichtigen. Die Parteien sollten sich nicht gegenseitig Schwierigkeiten machen bei der Sparmaßnahmen. Es müßte daher beachtet werden, daß während der Wahlkampfes Verordnungen gemacht wurden von den Unabhängigen und den Deutschnationalen, die nicht zu erfüllen sind.

Abg. Dr. Kocher-Karlsruhe (D. R.) Der Berechnet hat sich nicht enthalten können, einen Kasall gegen uns zu machen. Alle anderen Redner haben den jüdischen Beschuldigungen. Ich werde mich nicht abhalten lassen, diesen Beschuldigungen: das Recht der Opposition ist es, den Etat abzulehnen. Wenn wir von diesem Reich keinen Gebrauch machen, so tun wir es, weil wir meinen, daß die Verhältnisse in Baden nicht mit denen des Reiches verglichen werden dürfen. Es ist gesagt worden, daß die Eisenbahnen hätten wir keine Schulden und kein Vermögen. Das ist bedingt richtig, denn das Reich hat die Schulden, die wir tragen und abtragen müssen. Außerdem haben wir eine große Menge an Eisenbahnen, jedoch als unsere Vermögensgegenstände sind sie nicht zu veräußern. Bei der Zusammenlegung des Amtes des Finanzministers mit dem des Präsidenten des Landesbestimmungsamtes sind wir nicht einverstanden, denn er hat einerseits die Landes-, andererseits die Reichsinteressen zu vertreten. Zwischen beiden können aber Gegensätze entstehen. Ich möchte fragen, wie es mit der Eisenbahn geht, deren Bau bereits begonnen wurde. An dem Eisenrechte, was uns bleibt, werden wir wenig Freude haben, und die Beherren noch weniger. Ganz unsere Zustimmung hat das erste Wort, was der Finanzminister gegen die Steuerminister sagte. Möge er mehr Glück dabei haben, als das Reich. Wir hoffen, daß durch die Eingliederung der Finanzbeamten in die Finanzämter ihre Tätigkeit besser geregelt werde. Die Ausgaben des Landeshaushalts, die Einnahmen dürften sich sein. Wir stellen uns einen Reservefonds sammelt, aus dem wir gelegentliche Bedürfnisse decken können. Zu betonen ist, daß man bei dem Walle eine Finanzpolitik betreibt, die unseren Reich vermehrt. Unsere zweite Einnahmequelle sind die Zuschüsse vom Reich. Mit dem Verschmelzen soll Schluß gemacht werden. Die Steuern werden sinken, wenn die Konjunktur sinkend ist. An den Beamtengehältern und an den Kulturausgaben darf nicht gespart werden. Durch die Vereinigung der Staatsverwaltung wird wenig gespart werden, dagegen durch Vereinigung der Geschäfte für die Einführung der zweijährigen Budgetperiode treten wir auch ein. Infolge des Friedensvertrages sind unsere Verhältnisse mit der Welt der Frage besetzt, ob wir aus den Schwierigkeiten heraus können, indem wir müssen heraus mit allen Kräften des Verbandes, des Gemeinwesens, die in unserem Sinne vorhanden sind. Mit der Sozialisierung ist hier nicht zu machen. In den alten Bürgergemeinden liegt die Bürgerschaft für das Autokrat. (Beifall rechts.)

Abg. Odenwald (Zem.) machte Ausführungen, die auf der Tages-tage unverwundlich blieben.

Um 7 Uhr hielten die Pressevertreter ihre Berichterstattung ein. Nächste Sitzung morgen Vormittag 9 Uhr.

Letzte Meldungen.

Berlin, 17. Juni. (Von unserm Berliner Büro.) Das sächsische Gesamtministerium soll, wie aus Dresden gemeldet wird, ermächtigt werden, die Verstaatlichung einzelner Kohlenbergwerke einzuleiten, sofern das notwendig ist, um die staatlichen Werke rationell abzubauen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist ausgearbeitet worden und wird in nächster Zeit dem Parlament zugehen.

Brüssel, 16. Juni. (W. B.) Havas. Auf eine Anfrage erklärte der Minister des Aeußern, daß die alliierten und assoziierten Mächte nicht daran denken, den deutschen Kaiser in contumaciam abzurufen. Die Bildung eines Justiz-ausschusses, der mit der Bildung eines ständigen internationalen Gerichtshofes in Haag sich befassen soll, stehe — wie der Minister weiterhin ausführte — mit der Frage der Aburteilung oder Auslieferung des Kaisers in keinerlei Zusammenhang.

Rugelager usw. im Gesamtwert von etwa 10 000 Mark waren ent-

Aus dem Lande.

Heidelberg, 16. Juni. Auf dem hiesigen Bahnhof ereignete sich...

Weinheim, 16. Juni. Der Besitzer des bekannten Etablissements...

Flörsheim, 16. Juni. Ein Bewohner der Herrenreiterstraße...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Neuburg a. d. Elbe, 16. Juni. Waldhüter Ley ist von Wilderern...

Handel und Industrie.

Der Abschluß der Disconto-Gesellschaft.

w. Berlin, 17. Juni. (Draht.) Gestern fand die Sitzung des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft statt.

Auch dieser Abschluß zeigt das bekannte Ansehen der Ziffern...

Der Rohgewinn erhöhte sich von 72,116 Mill. M auf 128,665 Mill. M.

Der Reingewinn stieg von 33,8 Millionen M auf 53,5 Millionen M.

Im einzelnen erzielt sich folgendes Bild der Jahreseinnahmen...

Table with 3 columns: Item, 1919, 1918. Rows include Wechsel und Zinsen, Coupons, Provision, etc.

Von der genannten Gesamtziffer des Rohgewinns von 128,665 Mill. M...

Reingewinn von 53,5 Mill. M soll wie folgt verwendet werden: 10% G. V. 9% Dividende...

Die Hauptposten der Bilanz einschließlich der Bilanzen der Zweigniederlassungen...

London und Metz betragen: Aktiva: Kasse, fremde Geldsorten, Coupons...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

Das Kommanditkapital mit 370 Mill. M sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve...

badischen Industrie in der Brennstoffversorgung gegenüber der mittel- und norddeutschen...

Fristverlängerung für die Räumung des Tabaks 1919er Ernte.

Auf Grund des neuen Tabakgesetzes, welches am 1. April 1920 in Kraft getreten ist...

Neue Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Hamburg ist mit einem Kapital von 6 Mill. M die Seestern-Versicherungs-A.G. gegründet worden.

Neueste Drahtberichte.

Die deutsche Kohlenproduktion in den Monaten Januar bis April.

Berlin, 17. Juni. (Eig. Draht.) Es wird jetzt amtlich bekanntgegeben...

Die Braunkohlenproduktion ebenfalls ohne Saar-Revier und Pfalz...

Neue Zuckerpreise.

Berlin, 17. Juni. (Eig. Draht.) Nach einer uns zugegangenen Meldung...

Kapital-Verdoppelung der Hardy u. Co. G. m. b. H.

Berlin, 17. Juni. (Eig. Draht.) Das Berliner Bankhaus dessen Anteile...

Saarländische und die Last des franz. Visums.

w. Saarbrücken, 17. Juni. (Draht.) Die hiesige Handelskammer...

Neues Braunkohlenbergwerk im westl. Holstein.

w. Essen, 17. Juni. (Draht.) Die Firma Thyssen in Hamburg...

Wien, 16. Juni. Der Generalrat der österr.-ungarischen Bank beschloß...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni.

Table with 7 columns: Station, Datum, and Bemerkungen. Rows include Koblenz, Kehl, Mainz, Mannheim, etc.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

18. Juni: Wolkig, teils bedeckt, Regenfälle, kühl.

19. Juni: Wolkig, trübende Regen, angenehme Luft.

20. Juni: Sonnig, warm, Gemitterabend, trübende Gewitter.

21. Juni: Sonnig, warm, viel Regen, Regen.

22. Juni: Wolkig, teils Sonnig, kühl, trübende Regen.

23. Juni: Veränderlich, ziemlich kühl.

24. Juni: Veränderlich, warm, trübende Gewitter.

25. Juni: Wolkig, Sonnig, Gemitternächte.

26. Juni: Veränderlich, warm, viel Regen, Gewitter.

Witterungsbericht.

Table with 6 columns: Datum, Barometerniveau, Temperatur, etc.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Notlage der oberbadischen Industrie.

Aus Lörrach wird mitgeteilt daß eine Versammlung oberbadischer Industrieller...

Die Landeskohlenstelle bitten wir auf das Eindringlichste, beim Reichskohlenkommissar...

Hühneraugen? Advertisement for eye treatment.

Kurfürsten-Drogerie, N. 4, 13/14, (Kunststraße) advertisement.

Viktoria-Drogerie, Schwetzingenstrasse advertisement.

Advertisement for a product or service.

National-Theater. Donnerstag, den 17. Juni 1920.

Die Borstell. in Wien. Abteil. A (für II. Gartel A 42)

Carmen

Neues Theater im Rosengarten Donnerstag, den 17. Juni 1920.

Zwangs-Einquartierung

Künstlertheater „APOLLO“

„Eva“ das Fabrikmädel

Abschieds-Abends

Kabarett Rumpelmayer

Rat der Auslandsdeutschen (E.V.)

Mitgliederversammlung

Mannheimer Turnerbund Germania.

Mitgliederversammlung

Billiges Sonder-Angebot!

Donnerstag — Freitag — Samstag — Montag Nur solange Vorrat reicht.

Im Erdgeschoss auf Extratischen ausgelegt.

- Lederwaren Damen-Perltaschen in vie'n Farben 1,75 M. Kinderaschen verschied. Ausführungen 1,50 M. Brieftaschen 50 Pf. Brieftaschen mit Notizbuch 1,25, 75 Pf. Etui für Papiergeld 1,25, 85, 68 Pf. Goldbeutel Stück 95 Pf. Touristen-Bestecke Stück 3 J Pf.

- Schreibwaren Butterbrotpapier (eithch), 100 Bogen 1,95 M. Kiosettopapier Rolle 1,25, 75 Pf. Briefpapier 100 Bogen 2,95 M. Briefumschläge 100 Stück 2,75 M. Briefkarten 100 Stück 3,25 M.

- Herrn-Rucksäcke Z. H. 2,95

- Kurzwaren Leinwandwäscheröpfe 30 u. 28 Pf. Porzellan-Handwäscheröpfe 4 Pf. Stahl-Stecknadeln mit schwarzen und bunten Glasköpfen 100 Stück 75 Pf. Seiden-Besenstiche schwarz Mtr 50 Pf. Kleider-Stoßborde Baumwolle Mtr 75 Pf. Baumwollband farnig 2 cm breit Mtr 45 Pf.

- Torietten-Seife 95 Pf.

- Normalhemden verschied. Größen 39,50 M. Normal-Einsatthemden Stück 65,00 M.

- Galanterie In der II. Etage: Steppdecken doppelseitig 249,30 M. Wandschoner Stück 2,95 M. Linoleum-Verlagenten 50-80 cm 12,50 M. Bettvorlagen Zellstoff 9,75 M. Bettvorlagen Zellstoff Tapestry limit 19,75 M. Diwanddecke Zellstoff 49,50 M. Tischdecke 130/180 cm reine Ware 69,00 M.

- Kunstler-Garnitur Steilg 98,00

- Leinen-Garnitur Steilg 149,00

- Porzellan In der III. Etage: Steingut

- Kaffeehocker Malolifarben 1,95 M. Kaffeetassen o. Teetassen in Unterasse 3,4 M. Defenner mit Goldmalure 32,50, 28,50 M. Kaffee-o. Teeservice Steilg, dek. 95,00, 85,00 M. Satz Milchöpfe dek., 6 St im Satz 12,50 M. Saliären dekoriert 25 cm 21 cm 21 cm 6,95 5,45 4,95

- Glaswaren Milchbecher 25 Pf. Kinderflaschen 25 Pf. Essig- und Oelmenage 95 Pf. Salz- und Pfefferstreuer 55, 45 Pf. Zitronepressen 1,15, 8 Pf. Bierseidel mit Bild, 0,35 Ltr 65 Pf.

- Haushaltartikel Ein Posten Kaffee-Mel 10 Pf. Ein Posten Eßlöffel 15 Pf. Ein Posten Eßgabel 15 Pf. 1 Schloß mit Schlüssel 1,25 M. Kaffee- oder Zuckerdose 1,50, 95 Pf. Stielseier 2,95, 2,45 M. Buntform mit u. ohne Rohr 95 Pf. Wirtschaftswage 34,50 M.

- Haushalt Holz und Haushalt Marktaschen 2,60, 1,80, 1,45, 95 Pf. Vorküchenschrank 12,10, 9,50 M. Steckkasten 13,50, 9,75, 6,50 M. Putz- und Wischkasten 12,50, 8,50 M. Hackbretter 10,00, 8,50, 5,50 M. Garderobeisen 1,9, 1,65 M. Stahlstiege 1,95, 1,65 M. Handtuchhalter 15,00, 9,50 M.

- Büsten und Putzartikel Ein Posten Waschbürsten 95, 60 Pf. Ein Posten Schrubber 1,95, 1,45 M. Ein Posten Scheuerbürsten 3,95, 2,95 M. Schuhstöße „Wachsin“ Dose 95 Pf. Bodenwische, weiss oder gelb Dose 5,95 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

- Obertassen Stuttgarter Form, weiss 1,10 M. Obertassen Stuttgarter Form, dek. 1,25 M. Schüsseln einzeln 5,90, 3,50, 2,75, 1,95 M. Suppenterrinen mit Deckel 19,50, 16,50 M. Wasserkrüge einzeln 16,50, 12,50 M. Nachtgeschirre einzeln, weiss 7,50, 5,50 M.

Carl Friedrich Armbruster Susanne Armbruster geb. Helfmann Vermählte Haslach-Mannheim, 17. Juni 1920

Ein starrer Junge angekommen Gul Morgenland, 16. Juni 1920 Kreis Osnabrück (Pommern) 7630 G. Ettler und Frau Fiete geb. Fränkel-Feldmann.

Grüne Pflück-Erbisen und Dickrübenpflanzen ab Acker abzugeben. 7316

Gutsverwaltung Kirschgartshausen.

Hauser! Dasjenige Mädchen, das vor zirka 3 Wochen in einer tiefigen Waschanstalt ihr nicht gehörige Bettwäsche irrtümlicherweise mitgenommen hat, wird erjucht, dieselbe umgehend zurückzubringen, andernfalls die Sache von der Staatsanwaltschaft weiter verfolgt wird. Um mein Lager zu räumen biete großes Quantum guter Qualitäts-Zigarren ab 50 Stück aufwärts zu äußerst günstigen Preisen an Jacob Reilinger Ww. Hehr, Lanzstr. 28 p. 1., früh Friedrichspl. 19 Verkaufszeit von 9-3 Uhr. 7309

Organisation und Ueberwachung von Buchführungen für Fabrik- und Handels-Betriebe jeder Art, Bilanz-Abschlüsse, Bilanz-Revisionen, Kaufmännische und Steuer-Beratungen übernimmt unter Aufsicherung strengl. Discretion erfahrener Kaufmann am hiesigen Plage, Sportplatz und frans. Sprachkenntnis vorhanden. — Zulassung unt. E. F. 131 a. d. Weichhüllestr. 11. 7305

Helle Sommer-Kleider werden in wenig Tagen in modernen Sommerfarben aufgefärbt, gereinigt etc. Färberei Hans Brehm Schwetzingenstr. 94. Tel. 4237

Haut-, Blasen-, Frauenleiden (ohne Quecksilber, ohne Empfindung), Blut-, Urin-Untersuchungen Aufklärende Broschüre No. 3c diskret versch. Mk. 3.— (Nachnahme) Spezialarzt Dr. med. Hollaender Frankfurt a. M., Bethmannstraße 56, gegenüber Frankfurter Hof. Tel. Hanna 0961. 2-4 Täglich 11-1, 5-7 Uhr. Sonntags 11-1 Uhr.

S. Wronker & Co. Mannheim.

Weinrestaurant zum „schwarzen Stern“ Luisenring 55 gegenüber der R 5-Schule

Heute Donnerstag neu eröffnet.

1a. Frühstück von 10 Uhr ab Mittag- und Abendfisch den ganzen Tag über warme und kalte Küche Auserlesene Ausschank- u. Flaschenweine aus alten Beständen

Fr. Toch 7172 (vordem Inh. des „Café Börse“) Telefon 6018.

Selters-Wasser G. d. A. Frauengruppe

MUDAU Erholungsbedürftige finden bei erfrischender Verpflegung Pension. Bei läng. Aufenthalt amtsärztl. Zeugnis verlangt. 7060 L. bad. Odenwald Hotel Ennsel, im F. Seemann 450 Mtr. S. d. Maar

Betriebsräte Die nächsten Aufgaben der neuen Betriebsvertretungen. Materialschrift 2 Bl. ferner Teiltarifvertrag der Betriebsverhältnisse der in den Betrieben des Reiches beschäftigten Angestellten Nr. 250 zu haben. 4623 Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. H.) Nr. 6, 13.

P 5, 1 „Café Continental“ Freitag, 20.59 Inhaber Karl Sidoly. Heute Donnerstag, den 17. Juni Großer Walzer- u. Operetten-Abend Dirigent: RICHARD MÖLLER. Verstärktes Orchester. Gesangs-Einlagen. Eintritt frei! 7066

Die beste Geschäftsempfehlung mit dauerndem Erfolg ist eine Sonder-Einlage im Mannheimer Adressbuch Eine vollständig neue Auflage ist in Vorbereitung Verlag der Druckerei Dr. Haas E 6, 2 Mannheimer General-Anzeiger E 6, 2